

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 11.05.2011	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat VI Amt: Stadtplanungsamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Dezernat V ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2011/0194 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Aufruf "Bündnis für eine Soziale Stadt"

Vorlage vom: 03.05.2011

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung nehmen die Aufforderung des Deutschen Städtetags zur Kenntnis und unterstützen die Initiative „Bündnis für eine Soziale Stadt“.

Anlagen: Anlage_Buendnis-Soziale-Stadt_Aufruf

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 03.05.2011

Anlass / Ziele

Bereits Mitte der 1990er Jahre wurde unter Bundesbauminister Klaus Töpfer das Programm „Die Soziale Stadt“ konzeptionell vorbereitet. Der mit einer Grundsatzrede von Bundespräsident Roman Herzog eröffnete Kongress „Überforderte Nachbarschaften“ war 1999 der zivilgesellschaftliche Startschuss für den neuen Ansatz, bauliche Investitionen mit sozialen Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung zu verknüpfen. Dahinter stand die Erfahrung, dass die Aufwertung benachteiligter Stadtquartiere nur dann nachhaltig gelingen kann, wenn man als Ergänzung des Baulich-Investiven das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen unterstützt.

Die soziale Differenzierung und Spaltung in Deutschland nimmt zu. Mehr denn je geht es darum, das Zusammenleben der Menschen in ihren Nachbarschaften durch städtebaulich, sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch integrierte Maßnahmen zu unterstützen und Konflikte innerhalb der Wohn- und Stadtquartiere friedlich zu bewältigen. Damit nicht immer mehr städtische Wohnquartiere abgleiten und vorhandene soziale Brennpunkte und benachteiligte Stadtteile wieder zu funktionierenden Nachbarschaften werden, mobilisiert das Programm „Soziale Stadt“ Menschen und Ressourcen für eine positive Quartiersentwicklung und fördert das Zusammenwirken der verschiedenen Ressorts und Politikbereiche sowie der Akteure aus Zivilgesellschaft und Ökonomie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im konkreten Quartier vor Ort.

Um diesen innovativen Politikansatz zu unterstützen, hat ein Verbund von Auslobern (AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Schader-Stiftung sowie vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung) im Jahr 2000 den bundesweiten Wettbewerb zum „Preis Soziale Stadt“ ins Leben gerufen. Seit dieser Zeit wurden nahezu 1.000 Projekte eingereicht und publiziert. Sie zeigen, wie sozialen Konflikten innerhalb von Nachbarschaften, der sozialen Entmischung sowie der krisenhaften Entwicklung ganzer Wohnquartiere begegnet werden kann, wie Integrationserfolge erzielt und nachhaltig gesichert werden können. Die Ergebnisse bestätigen eindrucksvoll die Bedeutung des Programms „Soziale Stadt“.

Es muss auch in Zukunft ein zentrales Instrument der Städtebauförderung bleiben, das die Initiativen zahlreicher Akteure bei der sozialen Stabilisierung benachteiligter Quartiere wirksam unterstützt. Die für das Jahr 2011 von der Regierungskoalition beschlossene radikale Kürzung des Programms „Soziale Stadt“ beseitigt dessen bedeutungsvollen strategischen Ansatz. Die Verknüpfung baulichinvestiver und sozialer Maßnahmen wird danach im Jahr 2011 nur eingeschränkt zugelassen. Das bedeutet faktisch das Aus für das „Soziale“ im Program „Soziale Stadt“.

Der Auslober des Preises „Soziale Stadt“ haben die Bundesregierung gemeinsam mit allen betroffenen Verbänden aufgefordert, von den beabsichtigten Kürzungen Abstand zu nehmen, leider weitgehend ohne Erfolg. Daher rufen sie nun gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund zur Gründung eines Bündnisses für eine „Soziale Stadt“ auf.

Mit Blick auf die im ersten Quartal anstehenden Beratungen zum Bundeshaushalt für das Jahr 2012 fordert das Bündnis dazu auf,

- das Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 wieder auf dem Niveau des Jahres 2010, d. h. mit 95 Mio. Euro statt mit jetzt nur 28 Mio. Euro auszustatten,
- die im Jahre 2011 nicht mehr mögliche Verknüpfung investiver und nichtinvestiver Maßnahmen als Kernpunkt des Programms wieder in vollem Umfang zuzulassen,
- den Ausschluss des Programms „Soziale Stadt“ aus der Möglichkeit der Umverteilung von Bundesmitteln zwischen den Programmen der Städtebauförderung wieder aufzuheben.

Dies Alles ist nötig, um auch zukünftigen Förderstandorten nachhaltige Erfolge und soziale Stabilität zu ermöglichen.

Darmstadt, 03.05.2011

61.1.2 sa-sm Tel.3641

Dezernat V

Dezernat VI

Jochen Partsch
Stadtrat

Dipl.-Ing. Dieter Wenzel
Stadtrat